

# ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Kosten der Unterkunft –  
keine Option!

**Der Eiertanz geht weiter**  
Seite 3



Reichtumshauptstadt Essen

**Quellen des Reichtums –  
die Familie Albrecht**

Seite 4



Flüchtlingsabwehr mit  
allen Mitteln  
**Europas Mauer, die  
nicht so heißen darf**

Seite 6



**Vier für NRW –  
DIE LINKE zur Landtagswahl  
am 14. Mai**

Seite 7

## Grüne Hauptstadt

# Es grünt so grün, wenn Essens Blumen blühen ...

*Essen sei die grünste Stadt in Nordrhein-Westfalens und die drittgrünste in ganz Deutschland. So steht es in offiziellen Papieren zur Grünen Hauptstadt 2017. Offenbar gewann die Stadt den neuen Titel nicht aufgrund ihrer Gegenwart, sondern weil sie „die ehrgeizigsten Ziele“ vorweisen konnte.*

**S**icher: Essen ist heute grüner als in den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Auch grüner als 1841, als Levin Schücking und Ferdinand Freiligrath schrieben: „Essen ist eine hässliche Stadt“. Seither war sie irgendwann ziemlich kaputt, dann ziemlich grau und schwarz, nun ist sie an vielen Stellen grün. Dass Anwohner mit Baumpflanzungen um den Grünstreifen (!) auf der B224 kämpfen mussten, ist in Vergessenheit geraten. Dort sollte ein Stück der Autostraße sechsspurig ausgebaut werden, bis selbst ein CDU-Politiker erschrocken feststellte, man müsse dann Häuser abreißen. Ein kleines Beispiel für den grünen Alltag in Essen, der in der „Hauptstadt“-Euphorie unterzugehen droht.

### Mehr als Showprojekte?

ben der Badeerlaubnis im Baldeyensee war eine Aussichtsplattform im Wald, von der aus man sich die Schäden des Wirbelsturms Ela aus dem Jahr 2014 hätte ansehen können. Fehlte nur noch, dass die Schauwilligen mit dem Auto dorthin hätten fahren können. Der Klimawandel, der uns Stürme wie Kyrill (2007) und Ela zunehmend beschert, ist zum großen Teil menschengemacht, wozu der gewaltige Autoverkehr weltweit beiträgt. Also hätten die Leute sich den Schaden, den sie selbst mit angerichtet haben, genüsslich von oben ansehen können. Das kann man nur noch satirisch verarbeiten. Konsequenz: Dieses Projekt wurde als erstes schon wieder beerdigt. Zum anderen Teil besteht die „Grüne Hauptstadt“ aus geplanten Projekten, die sich bis zum Jahr 2050 erstrecken sollen. Dazu gehört ein Umsteuern beim Verkehr. Jörg Brinkmann, langjähriger Vorsitzender der Essener Fahrradinitiative (EFI) und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), bewertet dies so: „Die Kernaussagen beim Verkehr klingen gut: Man will den Fuß- und Radverkehr sowie den öffent-



**Unser Gastautor ist Verleger des ARKA-Verlags und Sprecher der Kulturgruppe ZORMM Wörter.Töne. Bilder.**

lichen Nahverkehr massiv aufwerten. Als Fernziel sollen alle Verkehrsarten am Gesamtverkehr je 25 Prozent betragen. Zurzeit sind es beim Autoverkehr 54, beim Nahverkehr 19, beim Fußverkehr 22 und

beim Radverkehr 5 Prozent. In 20 Jahren soll also der Radverkehr verunfacht werden. Es gibt aber nach wie vor kein Konzept, wie man dieses Ziel erreichen will.“ Dafür sei umso mehr Aktionismus geplant, wie der „Tag der Bewegung“ oder die „Mobilitätswoche“. Dass die Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-

Belastung in Essen und im Ruhrgebiet zugenommen hat, musste Umweldezernentin Simone Raskob selbst öffentlich zugeben. Die Durchstreckung der A52 wird weiter geplant, durch die Autogifte wie Feinstaub oder Stickoxide auch in Essen zunehmen. Beim Bundesverkehrswegeplan der Großen Koalition wird das Auto erneut erheblich bevorzugt. Dort ist kein Umdenken festzustellen. Da will die Stadt Essen nicht ins Hintertreffen geraten: Sie plant in der Nähe des groß dimensionierten Berthold-Beitz-Boulevards eine weitere Autostraße und will die bisher vierspurige Bottroper Straße sechsspurig ausbauen. Das wird die grünen Maßnahmen massiv konterkarieren, trotz allen bürgerschaftlichen Engagements mit kleinen und kleinsten Aktionen. Der Himmel ist blau über dem Ruhrgebiet, doch die Luft ist schlecht. Die Ökologie ist in aller Munde, doch die Ökonomie wird dazwischenpreschen. Mal sehen, wie viele Blümenträume da noch platzen.

### Ehrgeizige Ziele

**& Kurz  
& Knapp**

### Gutes Essen – gutes Lernen

Die LINKE brachte den Skandal an den Tag: Nur wenige Kinder nehmen am Schulesen teil, das die städtische Tochtergesellschaft RGE liefert. Dabei ist gutes Essen ist die Voraussetzung für gutes Lernen. Deshalb hat DIE LINKE einen Fragenkatalog in den Schulausschuss eingebracht, der Verbesserungen aufzeigen soll. Wir sind gespannt auf die Antworten.

### Betteln verboten!

Völlig überzogen sind für DIE LINKE die Pläne der Stadtverwaltung, nach denen Betteln bei Veranstaltungen wie Essen.Original und dem Weihnachtsmarkt untersagt werden soll. Nächstenliebe sieht anders aus! Wer bettelt und dabei niemanden stört, ist keine Gefahr für die Sicherheit. Außerdem soll das Verteilen von Flugblättern ohne Genehmigung untersagt werden. Diese Einschränkung demokratischer Rechte lehnt DIE LINKE ab.

### Nahverkehr auf dem Abstellgleis?

Die Ratsfraktion DIE LINKE hält es für eine gravierende verkehrspolitische Fehlentwicklung, dass die EVAG demnächst Schulden machen muss, weil Bund und Land ihre Zuschüsse für den Nahverkehr kürzen und damit an der falschen Stelle sparen. Es darf nicht sein, dass der Investitionsstau von 450 Millionen Euro alleine bei der EVAG noch größer wird. Die Mittel für den Nahverkehr müssen deutlich aufgestockt werden.

### Nach Abriss die Sozialpolitik

Das Land will die Stadt beim Ankauf und Abriss so genannter „Schrottimmobilen“ finanziell unterstützen. Das ist gut so, denn Geschäftemacher nutzen vor allen Einwanderer aus Südosteuropa mit Wuchermieten und menschenunwürdigen Wohnbedingungen übel aus. Weil es aber wichtig ist, was nach dem Abriss mit den Menschen passiert, hat DIE LINKE im Rat beantragt, weitere Konzepte für die Unterbringung zu erarbeiten, ein Schrottimobilienkataster zu erstellen und eine Stabstelle einzurichten.

## Aschermittwoch: gutes Kabarett

**Am Mittwoch, dem 1. März, ab 18.00 Uhr, lädt DIE LINKE. Essen in den Bahnhof Süd zum linken Aschermittwoch:**



Özlem Demirel

Ensemble „Mein Einsatzleiter“ und der Linken Maurike Maaßen, die kürzlich bei „Anne Will“ dem SPD-„Hoffnungsträger“ Schulz die Meinung geigelt hat. Es ist also ein ziemlich volles Programm, „das geilste überhaupt“,



Özgül Cebe



Compania Bataclan

im bekannten Bahnhof Essen blicken wir auf die vergangenen Monate zurück und auf die Land- und Bundestagswahlen voraus“, heißt es dort weiter. „Ganz besonders freuen wir uns auf die Landessprecherin und Spitzenkandidatin der LINKEN. NRW, Özlem Demirel“, so Sonja Neuhäus, Kreissprecherin und Landtagskandidatin.



Maurike Maaßen

## Geile Mucke, & Schauspiel!

wie das Einladungsflugblatt verspricht. „Unser inzwischen traditioneller politischer Aschermittwoch findet dieses Mal Süd statt. Bei leckerem Bier und gutem Essen blicken wir auf die vergangenen Monate zurück und auf die Land- und Bundestagswahlen voraus“, heißt es dort weiter. „Ganz besonders freuen wir uns auf die Landessprecherin und Spitzenkandidatin der LINKEN. NRW, Özlem Demirel“, so Sonja Neuhäus, Kreissprecherin und Landtagskandidatin.



„Mein Einsatzleiter“





Kommentar zum Stadtgeschehen

# Die Stadt und das liebe Geld

von Ralf Fischer

Aufgekocht sind im letzten Monat die Gehälter in den städtischen Gesellschaften. Und was als erstes verwundert, ist nicht die Höhe der Zahlungen an die Geschäftsführer, sondern wer aufgrund welcher Qualifikationen welchen Job ausübt. Bei einigen Personalentscheidungen hat man nicht den Eindruck, die Besten hätten den Job bekommen. Vielmehr wurden die Posten politisch verteilt. Langjährige Spitzenbeamte und politische Strippenzieher bekamen in den „besten Jahren“ immer wieder Posten zugeschoben, mit denen sich der Lebensabend kräftig versüßen lässt. Wer übel nimmt, ist doch nur neidisch!

Einen von ihnen hat es im letzten Jahr hart getroffen: Andreas Hillebrand musste wegen seiner Verfehlungen als Chef der städtischen Grundstücksverwaltung gehen. Als beurlaubter Beamter war er aber unkündbar. So nahm er schweren Herzens sein Rückkehrrecht in die Stadtverwaltung wahr und bekommt nun bis zur Pension das magere Salär eines städtischen Beamten.

Derweil schafft die Stadt den nächsten Versorgungsfall: Stadtkämmerer Lars Martin Klieve, erfolgloser Sanierer der Stadtfinanzen und verschlissen in der Mühle des Politikbetriebes, kriegte endlich die Kurve in den gut dotierten Chefessel der Stadtwerke, was immer ihn dafür qualifiziert haben mag. Auch er übrighens unkündbarer Beamter mit Rückkehrrecht. Die Stadt macht unter der Großen Koalition das, was das gemeine Volk befürchtet: einfach weiter so, als wäre nichts gewesen.

Was ist die Alternative? Die städtischen Gesellschaften sind, bei Licht besehen, in ihrer Mehrheit aus der Stadtverwaltung ausgelagerte Ämter, die sich um die Daseinsvorsorge der Menschen kümmern.

Was liegt näher, als sie in die Verwaltung zurückzuholen (Stichwort „Rekommunalisierung“). Dann wird unmittelbar klar, was der Maßstab für die gerechte Bezahlung ist: das Gehalt von Amtsleiterinnen und Amtsleitern. Nicht weniger, aber auch nicht mehr!



**Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen**

„Wild-West“ bei Gehältern städtischer Gesellschaften

# Die Selbstbedienung beenden!

Von Gabriele Giesecke

**Ausgerechnet Jochen Sander, ehemaliger Geschäftsführer der Grünen Ratsfraktion, jetzt Prokurist bei der städtischen Wohnungsgesellschaft ALLBAU, bot jetzt Anlass zu Spekulationen, wie die Höhe seines Gehaltes zu rechtfertigen sei. Er soll nach Presseberichten um die 160.000 Euro Jahresgehalt beziehen. Dabei wird nur ein Teil für seine Tätigkeit beim ALLBAU gezahlt, der Rest kommt von der städtischen Holding EVV. Damit verdiente Jochen Sander mehr als so mancher Geschäftsführer.**



**Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen**

Ein Blick in den Beteiligungsbericht der Stadt bestätigt, dass die Gehälter für die Geschäftsführungen völlig unterschiedlich sind. Klare Kriterien für die großen Unterschiede sind nicht ersichtlich. Während Stadtwerkechef Dr. Schäfer rund 318.000 Euro verdient, bekommen Allbauchef Miklikowski rund 203.000 Euro und Messechef Kurth 368.000 Euro (jeweils ohne Dienstwagen und Pensionen). Die Geschäftsführungen der Sozialgesellschaften Suchthilfe und Jugendhilfe werden dagegen

mit nur knapp 100.000 Euro „abgespeist“. Mit der Anzahl der unterstellten Beschäftigten, den unterschiedlichen Umsätzen oder der gesellschaftlichen Bedeutung lassen sich diese Unterschiede jedenfalls nicht erklären. DIE LINKE fordert, dass endlich klare Richtlinien für die Bestimmung der Höhe der Gehälter von Geschäftsführungen städtischer Gesellschaften entwickelt werden. Sie stellt deshalb eine Anfrage, nach welchen Kriterien bisher die Gehälter festgelegt wurden, und ob es Empfehlungen des Deutschen

Städtetages oder anderer kommunaler Vereinigungen dazu gibt. Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE, hat jetzt eine gesetzliche Obergrenze für die Gehälter von Topmanagern gefordert. Sie sollen das 20-fache der niedrigsten Gehaltsstufe in einem Unternehmen nicht überschreiten. Für die städtischen Gesellschaften könnten ebenfalls solche Obergrenzen definiert werden. Dies wäre ein guter Weg, um klare Kriterien und eine Rückkoppelung an die allgemeinen Einkommen zu erhalten.

Gehaltssprüngen von 50.000 Euro, wie sie der Aufsichtsrat der EVAG ihren beiden Geschäftsführern Micheal Feller und Uwe Bonan für 2017 genehmigt hatte, wäre damit ein Riegel vorgeschoben. Angesichts der öffentlichen Empörung verzichteten die beiden übrigens auf das satte Gehaltsplus – allerdings nur für das Jahr 2017.

# Grüne Hauptstadt

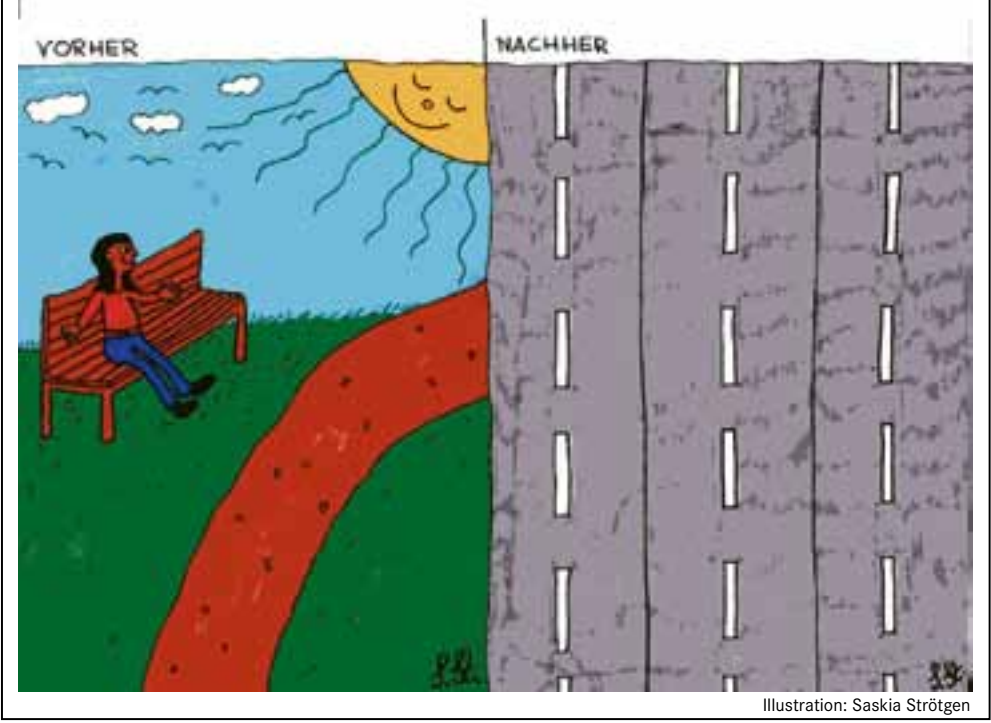


Illustration: Saskia Strötgen

Unwürdige Zeltunterbringung beendet

# Integration in die Stadtteile rückt in den Mittelpunkt

Von Gabriele Giesecke

**Seit Herbst letzten Jahres ist der letzte Zeltstandort an der Hamburger Straße in Frohnhausen geschlossen. Bis ins Frühjahr hinein werden jetzt auch die so genannten Behelfsunterkünfte geschlossen, die zum Teil seit mehreren Jahren in ehemaligen Schulen eingerichtet waren. Aktuell leben noch rund 4.000 Geflüchtete, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, in Übergangswohnheimen bzw. in Wohnungen.**

Insgesamt leben allein aus den 12 Hauptherkunftsländern über

22.200 Menschen in Essen und werden hier mehrheitlich dauerhaft bleiben. Jetzt stellt sich die Aufgabe, diese Neuessenerinnen und Neuessener hier zu integrieren: Sie wollen arbeiten, ihre Kinder gehen in die Kitas und Schulen, sie brauchen angemessenen, bezahlbaren Wohnraum und vieles mehr. Die Ratsfraktion DIE LINKE forderte die Stadtverwaltung schon vor zwei Jahren auf, endlich ein Konzept zur Integration vorzulegen. Im Dezember 2016 lag es endlich vor. Richtiger Weise geht es davon aus, dass die Integration vor allem auf Stadtteilebene organisiert werden muss. Dass das dafür Personal jetzt gebraucht wird und nicht erst am Sankt-Nimmer-

leinstag, dafür hat sich Ulla Lötzer, für DIE LINKE im Sozialausschuss, stark gemacht. Aber das Personal reicht hinten und vorne nicht. Ausgerechnet den geflüchteten Menschen, die in Wohnungen leben, können Wohlfahrtsverbände und städtische Stellen keine ausreichende Hilfe anbieten. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind hier oft hilflos. DIE LINKE hält es für unverantwortlich, die Menschen in ihren Wohnungen allein zu lassen. Gebraucht wird ein gut vernetztes Hilfe- und Beratungsangebot, eingebunden in ein nachhaltiges Quartiersmanagement. Davon hätten alle Menschen etwas, egal ob zugezogen oder alteingesessen.

Sport- und Bäderbetriebe retten

# Ratsmehrheit spielt grobes Foul

von Herbert Bußfeld

**Die Sport- und Bäderbetriebe Essen (SBE) wurden am 1. September 1997 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Essen gegründet. Ihre Aufgaben sind Bau, Betrieb und Unterhaltung von Sportstätten und Bädern sowie die Förderung des Essener Sports. Kaufmännische Instrumente zur Steuerung des Sportbereichs einzusetzen und Flexibilität im Umgang mit Finanzmitteln zu erzielen, waren die Hauptargumente für die Gründung der SBE.**

Nachdem der „Masterplan Sport“ eine wahre Schliebungssorgie von Bädern, Sportanlagen und Turnhallen sowie jährliche Kürzungen im Sporthaushalt erbracht hatte, gab es in den letzten Jahren wieder eine gute Zusam-



**Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss**

menarbeit aller Akteure. Die Sport- und Bäderbetriebe haben mit dem Essener Sportbund (ESPO) fast alle Bäder, viele Turnhallen und Umkleiden saniert sowie über 40 Sportanlagen mit Kunstrasenplätzen ausgestattet.

Nun haben SPD, CDU, Grüne und FDP die gute Zusammenarbeit ohne Not aufgekün-

dig. Fast mit den gleichen Argumenten, mit denen 1997 die SBE gegründet wurde, will man nun die SBE zerschlagen. Kaum zu glauben, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren davon erst durch eine Pressemitteilung. Dieses Vorgehen ist wie ein Misstrauensvotum für alle Beschäftigten. DIE LINKE sieht keinen vernünftigen Grund, die SBE aufzulösen. Durch Personaleinsparung, Finanzmittelkürzung, Lohnerhöhungen und Ernergiekostensteigerungen bei gleich bleibender Geldzuweisung oder gar Kürzungen durch den Kämmerer ist langfristig kein Betrieb aufrecht zu erhalten. Darum fordert DIE LINKE einen höheren Haushaltsansatz im Sportbereich, damit die Sportinfrastruktur, die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine und die Sportmöglichkeit für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger erhalten werden können.

## Linksaktiv.de

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte mit der LINKEN im Wahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampftätigkeiten!

### Basisdaten

Ich bin ☐ weiblich ☐ männlich ☐ anderes

Name, Vorname

E-Mailadresse

Geburtsdatum

Telefon

Mobiltelefon

Straße

PLZ. / Ort

### Im Wahlkampf möchte ich ...

(mehrfaches Ankreuzen möglich)

☐ bei Infoständen mitmachen.

☐ beim Plakateaufhängen helfen.

☐ Material in Briefkästen verteilen.

☐ Flugblätter/Zeitungen vor Betrieben, Schulen verteilen.

☐ bei Hausbesuchen (persönliche Ansprache) mitmachen.

Bitte ausschneiden und einsenden an: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen

### Impressum:

**Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links**

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger\*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de.

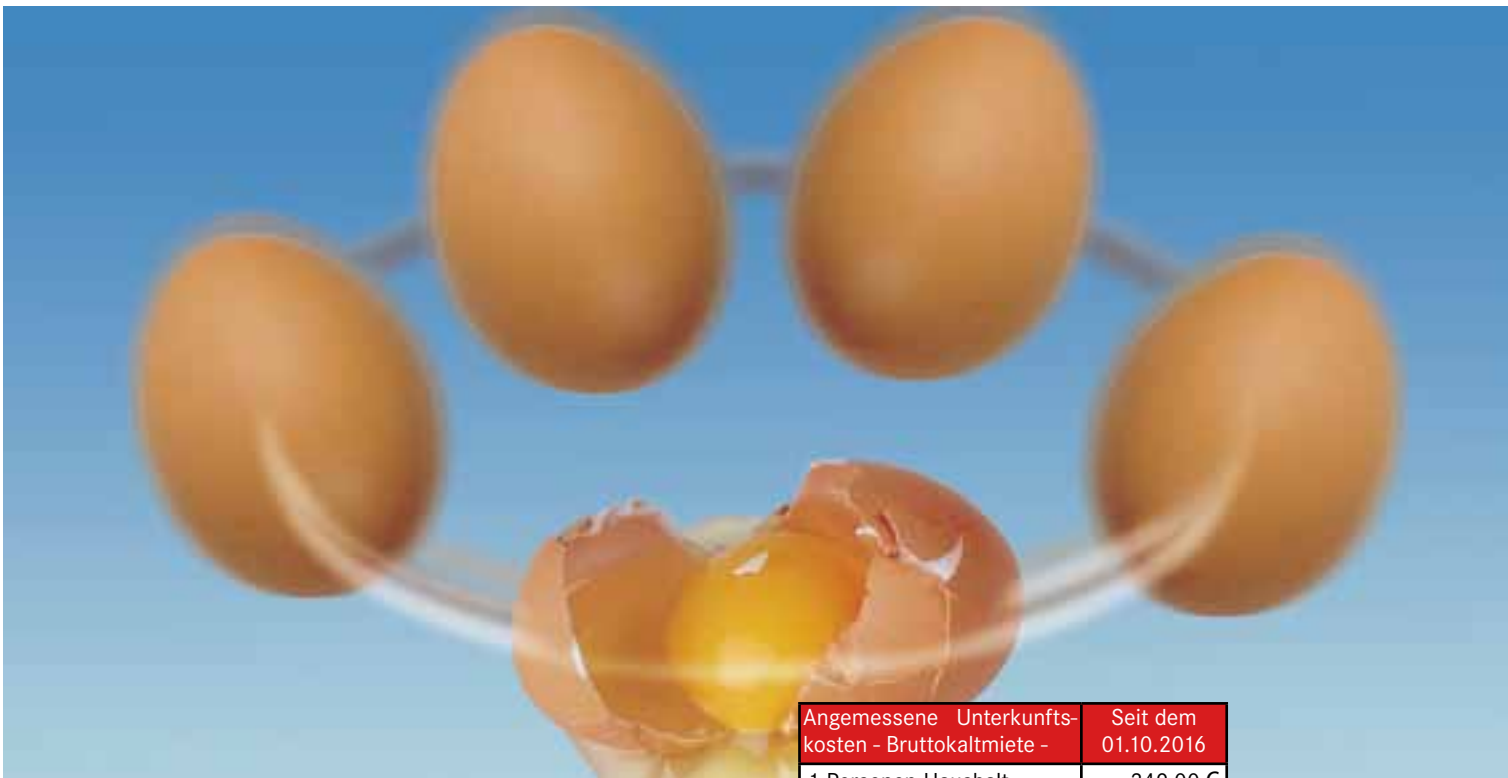
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang April, Redaktionsschluss: 24. März 2017.



Kosten der Unterkunft – keine Option!

# Der Eiertanz geht weiter

Seit dem 1. Februar 2012 ist die Stadt Essen zugelassener kommunaler Träger der Leistungen nach SGB II, eine so genannte „Optionskommune“. Eines der bestimmenden Themen seit fünf Jahren ist, in welcher Höhe die Kosten der Unterkunft bei der Berechnung der Hartz4-Leistungen berücksichtigt werden müssen. Da diese Kosten sich ständig ändern, finden sich – wen wundert’s – noch heute in aktuellen Bescheiden uralte und falsche Grenzwerte.



Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Die Bedeutung für die Leistungsberechtigten erschließt sich von selbst, schließlich ist Wohnen eines der Grundbedürfnisse des menschlichen Lebens. Diese Kosten müssen abgesichert sein. Das Interesse der Stadt besteht im Gegenteil, werden doch die Wohnkosten, anders als die Regelleistung, aus dem Beutel der Stadt bezahlt. Die Kosten der Unterkunft wurden häufig verändert. Heute wird statt der Nettokaltmiete eine „Bruttokaltmiete“ berechnet. Sie setzt

sich zusammen aus der Grundmiete plus Nebenkosten, allerdings ohne Heizung. Die Miete wird hergeleitet aus dem nunmehr qualifizierten Essener Mietspiegel, die „kalten“ Nebenkosten aus dem „Betriebskostenspiegel“ des Deutschen Mieterbundes (DMB). Die aktuellen Werte finden Sie in der beigefügten Tabelle. Letzteres stellt eine besondere Posse in dem Eiertanz dar, den die Stadt Essen seit Jahren um die Kosten der Unterkunft veranstaltet. Die Anwendung des DMB-



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

Betriebskostenspiegels geht zurück auf ein Urteil des Landessozialgerichts NRW aus dem Jahre 2014. Darin hatte das Gericht sinngemäß festgestellt, wenn die Stadt keine eigenen Erhebungen über die Nebenkosten in Essen habe, so müsse sie eben mit dem Wert des Mieterbundes rechnen. Hierauf reagierte die Stadt mit der nahezu panischen Ankündigung, ein eigenes Gutachten in Auftrag zu geben. Ein gutes Jahr später, während zwischenzeitlich immer wie-

| Angemessene Unterkunfts-kosten - Bruttokaltmiete - | Seit dem 01.10.2016 |
|----------------------------------------------------|---------------------|
| 1-Personen-Haushalt                                | 349,00 €            |
| 2-Personen-Haushalt                                | 443,95 €            |
| 3-Personen-Haushalt                                | 546,40 €            |
| 4-Personen-Haushalt                                | 658,35 €            |
| 5-Personen-Haushalt                                | 784,30 €            |
| 6-Personen-Haushalt                                | 867,60 €            |
| 7-Personen-Haushalt                                | 959,40 €            |
| 8-Personen-Haushalt                                | 1.047,20 €          |
| 9-Personen-Haushalt                                | 1.129,50 €          |
| jede weitere Person                                | 75,30 €             |

der beteuert worden war, das Gutachten sei in Arbeit, passierten zwei Dinge in schneller Abfolge: Zunächst erschien ein neuer Betriebskostenspiegel, der deutlich geringere Zahlen auswies. Sodann teilte die Stadt mit, man werde entsprechend dem Urteil nach Betriebskos-

tenspiegel zahlen und auf eigenes Gutachten verzichten. Diese Entwicklung hat aus mehreren Gründen ein deutliches „Geschmäckle“: Es steht nicht zu erwarten, dass die tatsächlichen Nebenkosten in Essen unter den NRW-Durchschnitt liegen, schon allein weil mehrere Nebenkostenbestandteile, die auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden können, in Essen recht hoch sind. So ist Essen einer der NRW-Spitzenreiter beim Hebesatz

der Grundsteuer. Während dies eine naheliegende Vermutung ist, liegt eine weitere Vermutung ebenso nahe, dass nämlich das seinerzeit in Auftrag gegebene Gutachten existieren dürfte. Es ist nicht realistisch, dass eine beauftragte Agentur oder Forschungseinrichtung, nachdem sie ein Jahr an einem Gutachten gearbeitet hat, nicht ihr Geld bekommen hätte. Dann ist es aber ebenso naheliegend, dass die Stadt das bereits bezahlte Gutachten auch ausgehändigt bekommen hat. Ein Schelm wer jetzt vermutet, das Gutachten weise höhere Zahlen aus als der Betriebskostenspiegel des Mieterbundes und verrotte deshalb in irgendeinem Tresor der Stadtverwaltung. Natürlich wäre auch möglich, dass das Gutachten ohne Empfangsbestätigung bei einer Geschäftsstelle des Jobcenters abgegeben wurde und wie so viele andere Unterlagen schlicht verschwunden ist... Da bleibt Ihnen nur eins: Sollte Ihre Miete nur gekürzt übernommen werden, so nehmen Sie eines der vielfältigen Hartz4-Beratungsangebote wahr und lassen Ihren Bescheid überprüfen. Liegen Fehler vor, lassen sich jetzt noch Nachzahlungen seit dem 1. Januar 2016 erreichen. Die Stadt gewährt Leistungsberechtigten im Bereich der Wohnkosten wenig genug. Bestehen Sie darauf, alles zu bekommen, was Ihnen zusteht!

## Oberbürgermeister schließt Bürgerämter

# Bürgernähe geht anders!

Bereits vor fünf Jahren wollte die Verwaltung die Bürgerämter der Stadt schließen. Doch nach ausführlicher Diskussion lehnte der Rat der Stadt Essen dies ab. Anstatt sich an den Ratsbeschluss zu halten, wurden sechs Bürgerämter nur noch im Wechsel mit einem anderen Amt geöffnet.



Udo Seibert, Bezirksvertreter für DIE LINKE BV 3

Vor zehn Monaten schloss man sechs der neun Bürgerämter vorübergehend. Im Dezember nun hat Oberbürgermeister Kufen selbstherrlich auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, drei Bürgerämter ganz zu schließen. Die Politik wird nicht gefragt, die darf das Ganze nur zur Kenntnis nehmen. In der Vorlage heißt es, dass alle Bürgerinnen und Bürger „die Servicepalette der Bürgerämter optimal nutzen“ können. Das Zauberwort von der Digitalisierung der Ver-

waltung ist aber aktuell keine Lösung. Voraussetzung wäre doch, dass alle auch den Zugang zu der Technik haben und sie nutzen können. In unserer Stadt leben 115.000 Personen von öffentlichen Leistungen. Computer und Internetanschluss sind da nicht vorgesehen, werden als Luxus eingestuft. Wovon sollen diese Menschen die notwendigen Anschaffungen für die Nutzung der Angebote bezahlen? Mit steigender Einwohnerzahl wird auch die Zahl der Kontakte von Bürgerinnen und Bürgern in den Ämtern steigen. Die geplante Personalaufstockung ist rein rechnerisch auf Kante genäht, Reserven für Urlaubs- oder

Krankheitszeiten sind kaum vorhanden. Wie man den Service leisten will, wenn man die Ämter ausgerechnet im einwohnerstärksten Bezirk Frohnhausen, in Rütten-scheid und in Stoppenberg schließt, ist nicht erkennbar. In der Vorlage werden Antworten auf diese Fragen nicht gegeben. Das Sparen steht im Vordergrund. Die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat man nicht bis zu Ende gedacht. So geht ein weiteres Stück Bürgernähe verloren. Für DIE LINKE sind die Bürgerämter kein Auslaufmodell, im Gegenteil! Sie sind notwendiger Bestandteil einer bürgernahen Verwaltung. Vielleicht wäre es sinnvoll darüber nachzudenken, was in so einem Amt für weitere Aufgaben oder Dienstleistungen angeboten werden können, anstatt sie zu schließen.



Hartz4-Rebellin Inge Hannemann, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.

# Sanktionsfrei durch Hartzbreaker

Von Jimmy Bulanik

Im Oktober 2016 ging der gemeinnützige Verein Sanktionsfrei e.V. mit seiner Webseite [www.sanktionsfrei.de](http://www.sanktionsfrei.de) an den Start. Ein halbes Jahr zuvor war der Verein von der freigestellten JobCenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann, heute für DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft, aus der Taufe gehoben worden. Die Zielsetzung des Vereins besteht darin, allen Menschen in Deutschland ein menschenwürdiges Existenzminimum ohne Sanktionen zu garantieren. Über seine Online-Plattform (Motto: „einfach.online.würdevoll“) können Betroffene Widersprüche gegen Sanktionen einlegen. Aktive Hilfe erhalten sie von Fachanwälten für Sozialrecht. Die Erfolgsaussichten von Widersprüchen liegen bei gut fünfzig Prozent.

Wirkungsvoll ist es, wenn Betroffene, die zur Sozialbehörde gehen müssen, um einen Antrag abzugeben oder einen Termin wahrzunehmen, eine Zeugin oder einen Zeugen mitnehmen, welche vor Ort ein handschriftliches Protokoll erstellen. Solch ein Protokoll kann vor einem Gericht als Beweismittel verwendet werden.

Innovativ ist die Einrichtung eines mit Spenden finanzierten Sozialfonds. Dieser Fonds vergibt an Betroffene einer Sanktion einen Betrag in Höhe der verhängten Sanktion. Ist der Widerspruch erfolgreich, fließt der Betrag in den Sozialfond zurück. So wird Menschen in Not wirksam geholfen. Binnen eines halben Jahres sammelte der Verein hierfür über 130.000 Euro, viele Prominente wirken als „Hartzbreaker“ mit.



Für den Erhalt der Bürgerämter hat DIE LINKE eine Unterschriftenaktion gestartet, bei der bereits nach wenigen Tagen über 700 Essenerinnen und Essener unterschrieben.

Offene Hartz4-Beratungen

**Montags, 9.30 - 11.30 Uhr**  
Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Essen-Altendorf, mit RA Carsten Dams

**Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)**  
Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Essen-Altendorf

**Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Essen-Altenessen

**Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Essen-Frohnhausen

**Dienstags, 13.30 - 16.30 Uhr**  
Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

**Dienstags, 15.00 - 16.00 Uhr**  
Büro DIE LINKE. Mülheim, Eppinghofer Str. 175, Mülheim, mit RA Gabriele Junker

**Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Essen-Huttrop

**Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Essen-Überruhr

**Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr**  
Friedrich-Uehrlichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Essen-Innenstadt

**Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr**  
Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

**Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr**  
Bürgerzentrum KatnTakt, Katernberger Markt 4, Essen-Katernberg, mit RA Gabriele Junker

**Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Essen-Werden

**Donnerstags, 15.00 - 16.30 Uhr**  
Geschäftsstelle DIE LINKE. Velbert, Offerstraße 14a, Velbert

**Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr**  
Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Gabriele Junker

**Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtstraße 7-9, Borbeck-Mitte, mit RA Jan Häußler

**Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Ev. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Essen-Steele, mit RA Carsten Dams

**Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr**  
Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Essen-Innenstadt

**1. und 3. Freitag im Monat, 13.00 - 15.00 Uhr**  
Büro DIE LINKE. Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 15-17, 45888 Gelsenkirchen



## Reichtumshauptstadt Essen

## Quellen des Reichtums – die

Als die beiden „Springquellen des Reichtums“ bezeichneten Karl Marx und Friedrich Engels die menschliche Arbeit und die Natur. Und tatsächlich ist im modernen Kapitalismus die weltweite Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft und der Boden- und Naturschätze die Grundlage für den Reichtum unserer Gesellschaft. Aber der Reichtum ist keineswegs gleich verteilt. Die Länder des globalen Südens sind bitterarm, obwohl dort die reichsten Naturschätze gehoben werden und dort die Menschen am härtesten arbeiten müssen. Doch die Erträge fließen in die reichen Länder des Nordens, in die USA und nach Europa. Wo ist also der Reichtum zu finden?

H Von Patrick Münch

Heute konzentriert sich der Reichtum dieser Welt in den Händen einer kleinen Gruppe von Menschen. Es sind die Oligarchen, die Multimilliardäre, bei denen alles Geld zusammenfließt und immer mehr anwächst. In Deutschland befindet sich der Reichtum zu einem großen Teil im Besitz von Familiendynastien, zum Beispiel den Familien Quandt, Oetker und Albrecht.

In Essen ist der Name Albrecht ein Begriff. Wo die „Hauptstadt“ zwar nicht politisch, aber land-

### Reichtum verpflichtet

schaftlich tatsächlich grün ist, im beschaulichen Stadtteil Schuir, ist die Familie Albrecht zu Hause. Aber die Albrechts sind keine normale Durchschnittsfamilie, sie zählen zu den reichsten Menschen der ganzen Welt! Die Familie Theo Albrecht jr. („Aldi Nord“) besitzt mehr als 17 Milliarden Euro. Wie kam die Familie Albrecht zu ihrem Reichtum? Durch harte Arbeit! So sagen sie es selbst - und so stimmt es auch. Allerdings nicht durch die eigene Arbeit, sondern durch die Ausbeutung fremder Arbeitskraft, wuchs und wächst das Vermögen des Clans. Im Kapitalismus gilt nun mal das Gesetz: Je größer die Ausbeutung, umso größer der Profit.

In den Aldi-Märkten herrscht für die Mitarbeiter ein brutaler Leistungsdruck. Das Management sorgt dafür, dass die Angestellten die höchstmögliche Leistung zum geringst möglichen Gehalt erbringen. Wehren sich die Menschen und gründen gar einen Betriebsrat, werden sie durch die Geschäftsleitung massiv bekämpft. In der globalen Lieferkette sind die Discounter das, was die Haie in der Nahrungskette sind. Vor allem die Erzeuger, die Speditionen und Zwischenhändler sind einem extrem hohen Arbeitsdruck ausgesetzt, um die Bedingungen der Supermärkte zu erfüllen. Tariflöhne, Gewerkschaften und Betriebsräte sind hier nur Störfaktoren! Diese Arbeitsbedingungen machen viele Menschen krank - und der Reichtum der Milliarden erbent wächst und wächst. In anderen Ländern sorgt der gigantische Reichtum der Familie Albrecht für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und die Zerstörung der Umwelt. Warum sind die Waren im Discount-Laden so billig? Im System Aldi bestimmt der Einkäufer den Preis, und um die Preise zu

drücken, werden die Rechte der Arbeitenden und der Schutz der Umwelt ignoriert. In den Sweat-Shops von Bangladesch und China zum Beispiel, in denen die Textilien, Spielzeugartikel und Mobiltelefone für die Aldi-Märkte produziert werden, herrscht extreme Ausbeutung. Die jungen Frauen in diesen Fabriken müssen durch diese Arbeitsbedingungen ihre Gesundheit ruinieren, denn für Umwelt- und Arbeitsschutz oder Menschenrechte gibt es da keinen Platz. Der Reichtum der Familie Albrecht aus dem romantischen Essener Süden wird mit jedem Tag größer, doch das Leiden derjenigen, die ihn schaffen, der Lohnsklavinnen in Bangladesch und China, wird dadurch immer unerträglicher!

Reichtum verpflichtet! So steht es schon im Grundgesetz. Nämlich zu noch mehr Reichtum! Aus Geld muss immer mehr Geld werden. Das ist die goldene Regel des Kapitalismus. Deshalb legen die Superreichen ihr Geld auch nicht unters Kopfkissen oder auf ihr Konto bei der örtlichen Sparkasse. Um sicherzugehen, dass ihr Reichtum immer weiter anwächst, wird das Geld gewinnbringend investiert. Die Essener Familie Theo Albrecht jr. investiert gerne in Immobilien. Also eine Eigentumswohnung? Aber die



Die idyllischen Stadtteile Bredeney und Schuir – hier wohnt der Reichtum, in Privathäusern und Privatstraßen und gut gesichert hinter Privatzäunen ...

haben doch viele. Nun, nicht wirklich eine Eigentumswohnung. Die Reichen streuen ihr Geld bei so genannten „institutionellen Investoren“, also großen Investmentfonds und Versicherungsunternehmen. Wo genau ihr Geld überall ist, das wissen sie wohl selbst nicht so genau. Zum Beispiel sind über 72 Prozent der Aktien von Vonovia, Deutschlands führendem Immobilienunternehmen mit 400.000 Wohnungen in ganz Deutschland und über 12.000 Wohnungen in Essen, im so genannten „Streubesitz“. Das heißt im Börsianerdeutsch: Die Aktien sind breit „gestreut“ und ihre Inhaber nicht im Einzelnen bekannt. Gut möglich, dass Sie in einer dieser Wohnungen leben. Und gut möglich, dass Sie den Reichtum der Albrechts durch ihre monatliche Miete mehren. Auch international sind diese „Investoren“ aktiv. Das amerikanische Finanzunternehmen BlackRock hält mehr



Patrick Münch ist Mitglied des Kreisverbands Essen. Er ist aktiv im Essener Friedensforum und im Rosa-Luxemburg-Club Essen.

als acht Prozent der Aktien der Wohnungsgesellschaft Vonovia. Damit übt der größte Finanzkonzern der Welt enormen Einfluss auf die Entwicklung des Wohnungsmarkts und damit auch der Mieten in Essen aus. Ziel des

Konzerns ist natürlich, das Geld seiner Anleger zu vermehren. Sozialer Wohnungsbau kann hier nur stören! Unternehmen wie BlackRock verwalten das Geld der Reichen und Superreichen. In der Sprache der Vermögensverwalter heißen solche Leute „High Net Worth Individuals“ beziehungsweise „Ultra High Net Worth Individuals“. Die letzteren sind Personen mit einem Nettovermögen von mindestens 30 Millionen US-Dollar. In der Stadt Essen soll es nach Angaben von „Wealth Insight“ um die 200 dieser Spezies geben. Sie sind also mitten unter uns! Aber ist die Stadt Essen nicht mit 3,6 Milliarden Euro verschuldet? Fragt sich nur: bei wem? Lars-Martin Klieve, der letzte Kämmerer der Stadt, sagte dazu in einem Interview mit dem Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.: „Bildlich gesprochen gehört die Stadt Essen nicht mehr ihren Bürgerinnen und Bürgern, sondern den Banken.“ Aber wem gehören die Banken? Ist es im Grunde nicht so, dass die Stadt Essen sich bei den Millionären und Milliardären Geld ausleiht und dafür die Bürgerinnen und Bürger

### Essen – Stadt der Konzerne

in Haftung nimmt? Denn wir alle zahlen diese Kredite ab, sei es durch höhere Ticketpreise bei der EVAG oder durch den Abbau von sozialen Dienstleistungen wie dem Schließen von Bürgerämtern und Bibliotheken. Wäre es nicht sinnvoller, den vorhandenen Reichtum, wie den der Essener Familie Albrecht, an den Aufgaben des Gemeinwesens zu beteiligen? Die Stadt Essen ist auch die Stadt der Konzerne, bezeichnet sich sogar selbst als „Konzern“. Die beiden Energiegiganten E.ON und RWE haben hier ihren Haupt-

sitz und der Rüstungskonzern Thyssen-Krupp seinen Prachtbunker. Auch unsere lieben Nachbarn, die Albrechts aus dem Süden, unterhalten in Essen ihre Konzernzentrale. Alle vier Konzerne zusammen brachten es im Jahre 2015 auf einen Jahresumsatz von 237,5 Milliarden Euro. Wo ist eigentlich das ganze Geld geblieben?

Artikel eins des kapitalistischen Grundgesetzes lautet: Das Eigentum des Kapitalisten ist unantastbar. Es zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Tatsächlich ist das Eigentum das höchste Rechtsgut unserer Gesellschaft. Gemessen wird das Eigentum in Geld. Wer sind also die Eigentümer der vier Essener Konzerne? Die nette Familie Albrecht haben wir bereits kennengelernt. Wie sind die Eigentumsverhältnisse beim Energiekonzern E.ON? 75 Prozent der Aktien des Energieriesen sind in der Hand von Investoren, und die Finanzhaie von BlackRock sind dabei mit fünf Prozent Aktienanteil der

größte Anteils-eigner! Hier schließt sich der Kreis: Die Verwalter der großen Privatvermögen beteiligen sich am Eigentum der Konzerne und vermehren auf diesem Wege das Vermögen der Geldkaste. Durch künstlich hochgetriebene Energiekosten muss jeder Haushalt in Essen die Rendite der Energiekonzerne garantieren!

Auch bei RWE waren Ende 2015 rund 86 Prozent der Aktien im Eigentum institutioneller Investoren. Black-

Ein Sack voll Geld – für die Albrechts eher Peanuts

Rock hält einen Aktienanteil von mehr als drei Prozent. Beim neugegründeten RWE-Sprössling Innogy beteiligt sich BlackRock sogar mit knapp fünf Prozent am Eigentum des Un-



Und über den Privatzaunen die Privat-Videoüberwachung, damit dahinter alles schön privat bleibt.



# Familie Albrecht



gesenkt. So hat der Konzern im Geschäftsjahr 2015/16 rund eine Milliarde Euro eingespart. Kosten senkt man freilich zuerst durch die Entlassung von Menschen in die Arbeitslosigkeit und durch höheren Leistungsdruck auf die eingeschüchterte Restbelegschaft. Die hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet hängt zusammen mit der Strategie des ehemaligen Essener Familienkonzerns, den obszönen Reichtum der Superreichen noch weiter in die Höhe zu treiben.

[ZW] Und die Politik?

Aber warum berichtet die größte Essener Zeitung, die WAZ, nicht kritisch über die skandalösen Vermögensverhältnisse in der Stadt? So könnte doch die Bevölkerung über die Zustände aufgeklärt werden. Vielleicht hängt dieses Verschweigen damit zusammen, dass die WAZ zum Funke-Zeitungskonzern gehört. Und der ist zu zwei Dritteln im Besitz der Grotkamp, einer steinreichen Essener Milliardärsfamilie. Petra Grotkamp, die Mehrheitseignerin des Konzerns, kam allerdings selbst in die Schlagzeilen, als Kritik an Massenentlassungen und Redaktionszusammenlegungen laut wurde.

Die „politische Dienstklasse“ im Rat der Stadt Essen hat sich offenbar mit den Verhältnissen abgefunden. Die wahren Ursachen der Verschuldung der Kommune oder gar die Verursacher werden nicht benannt. Stattdessen spielt die große Koalition aus SPD und CDU lieber Flüchtlinge gegen Langzeitarbeitslose aus. Damit lenken die demokratisch gewählten Mandatsträger\*innen zwar von den wahren Gründen für die gesellschaftlichen Missverhältnisse ab, aber sie fördern auch eine feindliche Stimmung gegen hilfebedürftige Menschen. Freilich sind die etablierten Parteien schon lange derart verwoben mit dem System der Reichtumsvermehrung für ihre Auftraggeber aus der Finanzindustrie, dass man durch politische Entscheidungen aus dieser Richtung keine Veränderung erwarten kann. Aber was bleibt dann noch übrig?

Wenn die Eigentumsverhältnisse so sind, dass immer weniger Reiche fast alles besitzen und immer mehr Menschen fast gar nichts, und das nicht nur in Essen, sondern weltweit, dann sind diese Verhältnisse falsch und müssen verändert werden!

Mit welchem Recht hat die Essener Familie Albrecht 17 Milliarden Euro Vermögen, während gleichzeitig viele Kinder in Essen in Armut leben müssen? Die Partei DIE LINKE stellt dieses Unrecht in Frage und führt ihren politischen Kampf mit dem schrecklichen Ziel, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung zu ermöglichen. Eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht für den Wert einer Aktie arbeiten, sondern um die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Eine Gesellschaft, in der nicht das Eigentum des Kapitalisten, sondern die Würde des Menschen unantastbar ist.



Fake-News der Bundesregierung

## Merkel und die Lüge von Gerechtigkeit und Wohlstand

Von Jules El-Khatib

„Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick“, erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und die CDU behauptet: „Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich.“ Beides hat mit der Realität wenig gemein. Statt seriöser politischer Aussagen passen die Behauptungen eher in die Kategorie Fake-News.

Die CDU spricht davon, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich schließt. Ein Blick auf die Verteilung der Vermögen in Deutschland offenbart, wie wenig diese Aussage mit der Realität zu tun hat. „Während diejenigen, die zum reichsten Prozent der Bevölkerung zählen, ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro besitzen, verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen“, so ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Nun könnte man meinen, dass die Ungleichheit in den Jahren zuvor noch größer gewesen ist, doch dies war nicht der Fall. Ungleichheit wird mit dem so genannten „Gini-Koeffizienten“ gemessen. Ein Wert

von Null würde vollständige Vermögensgleichheit bedeuten, ein Wert von 1, dass eine Person alles, der Rest nichts besitzt. Im Jahr 2012 errechnete sich für Deutschland ein Wert von 0,78. Zehn Jahre zuvor lag der Wert mit 0,777 ähnlich hoch, von einem Rückgang kann also nicht die Rede sein. Bei einem Blick auf einzelne Bevölkerungsgruppen wird das Bild noch deutlicher. So besaßen Erwerbslose in 2002 noch ein durchschnittliches Vermögen von etwa 30.000 Euro, inzwischen ist dies auf 18.000 Euro geschrumpft. Ursache dafür sind die Hartz-Gesetze. Sie sorgen dafür, dass die Ersparnisse soweit wie möglich aufgebraucht werden, bevor jemand staatliche Leistungen erhält. Infolgedessen verfügen zwei Drittel der Erwerbslosen nicht über Vermögen oder hatten sogar Schulden. Die Zahlen erschüttern, denn sie zeigen die Ungleichheit in Deutschland deutlich auf. Besonders bizarr wirkt die Behauptung der CDU bei einem Blick auf die anderen europäischen Staaten. In Frankreich liegt der Gini-Koeffizient bei 0,68, in Italien bei 0,61 und in der Slowakei bei 0,45, also deutlich niedriger als in Deutschland. Verteilungsforscher Markus M. Grabka dazu: „Nirgendwo in der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland.“ Stärker ist die Ungleichheit nur in den USA, dem Mutterland des neoliberalen Kapitalismus. Auch beim Durchschnittsvermögen zeigt sich, dass Deutschland als reichstes Land Europas keine gerechte Verteilung hat. Nach einer Studie der Allianz besitzt jede und jeder Deutsche im Schnitt ein Vermögen von 44.770 Euro, im westeuropäischen Schnitt liegt dieser Wert bei 54.380 Euro.

Rund 593.000 Menschen in Deutschland müssen, trotz sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, ihre Löhne vom Staat aufstocken lassen, Folge eines Mindestlohns mit Lücken. Auch das Statistische Bundesamt straft Merkel Lügen: 15,7 Prozent der Menschen in Deutschland waren im vergangenen Jahr armutsgefährdet. Das sind 0,3 Prozent mehr als im Jahr davor und der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. In einigen Gebieten des Ruhrgebiets oder Ostdeutschlands liegt der Wert sogar über der Marke von 20 Prozent.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, kommentiert dies mit scharfen Worten: „Der Anstieg ist auch ein Zeichen politischen Versagens. Die Bundesregierung muss einsehen, dass Armutsbekämpfung nicht zum Nulltarif und nicht ohne Umverteilung zu haben ist.“

Schneider spielt damit auf einen entscheidenden Punkt an. Die große Zahl der Armen wäre nicht möglich ohne die massive Ungleichheit der Vermögen. Wenn Merkel und ihre Partei sich auf die Schulter klopfen, weil es dem Land vermeintlich noch nie so gut ging wie heute, dann meinen sie damit die Reichsten in diesem Land. Denen ging es tatsächlich noch nie so gut wie heute.



Der Autor ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

### Höchste Ungleichheit in Europa

### Noch nie so gut wie heute?

Neuer Bundespräsi gewählt

## Achtbares Ergebnis für Butterwege

Am 12. Februar 2017 wählte die Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum neuen Bundespräsidenten. Er erhielt 931 von 1.239 Stimmen, weniger als erwartet. Mit 128 Stimmen schnitt der Kandidat der Partei DIE LINKE, der Kölner Armutsforscher Prof. Christoph Butterwege, überraschend gut ab. Schließlich war DIE LINKE in der Bundesversammlung nur mit 95 Mitgliedern vertreten. Der Essener Morgen gratuliert.

Butterwege trat an, weil „ein Bundespräsident immer auch die soziale Schieflage im Land zum Thema machen“ müsse. Er kleidete dies in das Bild vom „Pater-noster-Effekt“: „Die einen fahren nach oben, und die



anderen fahren nach unten, und zwar zur selben Zeit, und zwar deshalb, weil arm und reich zwei Seiten derselben Medaille sind. Niedrige Löhne bedeuten hohe Gewinne. Deshalb kann man durch Reichtumsförderung nicht die Armut bekämpfen, sondern man muss die Armut bekämpfen, indem man den Reichtum antastet.“ Gegenüber Frank-Walter Steinmeier, einem der Urheber der unseligen Hartz-Gesetze, war Butterwege in Wahrheit der richtige Kandidat zur richtigen Zeit.



Was macht die Fraktion sonst noch?

Zeit für aktive Arbeitsmarktpolitik

Laut offizieller Statistik sind derzeit 2,7 Millionen Menschen erwerbslos. Doch fast eine Million Menschen sind aus dieser Statistik herausgerechnet. Wer zu alt ist und als „nicht mehr vermittelbar“ gilt, wer an einer Maßnahme teilnimmt oder wer den Lohn mit Hartz4 aufstockt, fliegt raus. Viele Teilzeitbeschäftigte wünschen sich, mehr Stunden arbeiten zu können. Gleichzeitig haben die Beschäftigten 2015 insgesamt 1,8 Milliarden Überstunden geleistet. Wäre die Arbeit gerechter verteilt, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. So könnte die Massenerwerbslosigkeit wirksam bekämpft werden. DIE LINKE will gemeinsam mit Erwerbslosen, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften einen grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt durchsetzen (zum Nachlesen: Bundestags-Drucksache 18/10462).

Aktionsplan gegen Kinderarmut

Der Bundesregierung ist die steigende Kinderarmut seit Jahren bekannt – doch unternommen hat sie nichts. Der Kinderreport 2017 legt dabei den Finger in die Wunde. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag brachte nun einen Antrag in den Bundestag ein, der eine Erhöhung des Kindergelds auf 328 Euro sowie den Ausbau der sozialen Infrastruktur vorsieht. Dies reicht jedoch nicht. Vielmehr müssen das Sanktionsregime für ALG II abgeschafft, der Regelsatz erhöht, das Bildungs- und Teilhabepaket in den Regelsatz überführt sowie Wohngeld und Kinderzuschlag ausgebaut werden. (BT-Drs 18/10628).

Drohnenkrieg beenden – Ramstein schließen

In jüngerer Zeit wurde Ramstein als Relaisstation für den völkerrechtswidrigen Drohnen-Krieg bekannt. Hauptsächlich geht es hierbei um die Planung und Steuerung von Kampfdrohnen-Einsätzen, die in Irak, Jemen, Pakistan, Afghanistan, sowie in Somalia ausgeübt werden. Jahrelang ist die Öffentlichkeit und das Parlament über diese Tätigkeiten nicht informiert und bewusst belogen worden. Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie Ramstein, das AFRICOM und das EU-COM – müssen geschlossen werden. So hat die Fraktion DIE LINKE am 17. Januar einen Antrag eingereicht, den NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich zu schließen (BT-Drs. 18/10863).

**Hinweis:** Die Bundestagsdrucksachen können unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) nachgelesen werden. Einfach oben rechts in der Suchmaske das Wort „Drucksache“ und die Nummer eingeben.

Flüchtlingsabwehr mit allen Mitteln

# Europas Mauer, die nicht so heißen darf

*Dieser Tage wenden sich führende Köpfe der Europäischen Union gerne ab von Donald Trump, der ein faschistoides und reaktionäres Vorhaben nach dem anderen präsentiert. Stattdessen betont man die „Werte“ der europäischen Gemeinschaft, um sich als liberaler Gegensatz zu inszenieren. Das ist Doppelmoral vom Feinsten, denn in migrationspolitischen Fragen steht die EU dem neuen US-Präsidenten in nichts nach. Und Deutschland ist die treibende Kraft.*

**O**ffiziell haben Bundesregierung und EU seit einiger Zeit die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ auf die Tagesordnung gesetzt. Und keine Frage: Europa könnte, wenn die Herrschenden ernsthaft daran interessiert wären, mit einem Stopp von Waffenexporten oder mit gerechten Handelsbeziehungen viel dazu beitragen. Doch was die Regierenden der Öffentlichkeit unter diesem Schlagwort verkaufen, ist in Wahrheit nichts als die Ausweitung des Kampfs gegen Flüchtlinge und Migranten. Die EU benutzt die Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Handelspolitik, um afrikanische Flüchtlinge und Migranten von Europa fernzuhalten. Dafür scheuen sie vor (fast) nichts mehr zurück. Beispielhaft hierfür steht die vor wenigen Tagen ausgerufene Zusammenarbeit mit dem Bürgerkriegsland Libyen. Der EU-Türkei-Deal und die Schließung der Balkanroute haben



Grenzzaun im spanischen Ceuta

Foto: Wikipedia



Niema Movassat, MdB DIE LINKE

die Fluchtrouten verschoben und gefährlicher gemacht. Jetzt will man die zentrale Mittelmeerroute weiter abschnitten. Umgesetzt werden soll das Vorhaben durch eine Stärkung der bereits jetzt für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen bekannten libyschen Küstenwache sowie mit Auffanglagern direkt in Libyen. Dabei ist die Situation der etwa 300.000 Migrantinnen und

Migranten, die in solchen Lagern festsitzen, katastrophal. Exekutionen, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind an der Tagesordnung. Das wissen auch die europäischen Abschottungsstrategen. Ein interner Bericht des Auswärtigen Amtes prangerte sogar „KZ-ähnliche Zustände“ an. Mit dem neuen Pakt nimmt man solche Menschenrechtsverletzungen wissentlich in Kauf. Libyen ist kein Einzelfall. Mittlerweile hat die EU mit Mali, Niger, Somalia, Nigeria und Äthiopien sogenannte „Migrationspartnerschaften“ abgeschlossen, die genaue Schritte zur Eindämmung von Flucht und Migration festlegen. Die Militärdiktatur Ägypten soll in Kürze folgen. Um Druck auf diese Länder auszuüben, arbeitet die EU mit Zuckerbrot und Peitsche. Afrikanische Staaten, die mitspielen, sollen mehr Entwicklungsgelder, mehr Wirtschaftsförderung sowie einen

besseren Zugang zum europäischen Markt erhalten. Staaten, die die Kooperation verweigern, sollen dagegen bestraft werden. Diese „Partner“ sind vorrangige Empfängerländer für Projekte aus dem 2,4 Milliarden Euro schweren EU-Treuhandfonds für Afrika, der beim Valletta-Gipfel 2015 ins Leben gerufen wurde. Ganz in kolonialer Tradition verwehrt die EU ihnen jedoch jegliches Mitspracherecht bei der Planung dieser Projekte. Und so überrascht es nicht, dass allein die Hälfte der bisher ausgeschütteten Mittel nur für „Rückführungen“ und die Aufrüstung von Grenzen und Sicherheitsbeamten ausgegeben wurden. Ein Beispiel hierfür ist das mit 46 Millionen Euro finanzierte und von der staatlichen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geleitete „Better Migration

Management“. Hier wird mit autoritären und despotischen Regimen und deren Sicherheitsapparaten wie im Sudan, Äthiopien oder Eritrea kooperiert. Die Logik und die Folgen solcher Projekte sind fatal, denn sie stärken eben jene autoritären Regime, vor denen viele Menschen fliehen. Leider gilt dabei: Je autoritärer, desto „verlässlicher“. Denn nur autoritäre Regime verfügen über die nötige Durchsetzungskraft, die in der Bevölkerung höchst unbeliebten Maßnahmen zur Migrationskontrolle durchzusetzen. Je demokratischer afrikanische Länder organisiert sind und je mehr Zivilgesellschaft es gibt, desto stärker ist der Widerstand. Eine weitere Folge der Migrationsabwehr ist die massive Schwächung der politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den afrikanischen Staaten. Die Reise- und Warenfreiheit ist beispielsweise ein fundamentales Prinzip der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Diese muss nun geopfert werden, entgegen allen Warnungen afrikanischer und europäischer Experten, dass dies den Volkswirtschaften dieser Länder enorm schaden wird. So paradox es klingt: Dieser „Kampf gegen Fluchtursachen“ schafft nur neue Fluchtgründe. Der Unterschied zwischen einem „Zehn-Punkte-Plan“ mit Libyen und einer fünfzehn Meter hohen Mauer aus Beton und Stahl an der US-Grenze zu Mexiko, ist nur die elegantere rhetorische Verpackung der EU. Im Kern steckt darin aber die gleiche unmenschliche Logik: Man opfert Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz Hilfsbedürftiger der rassistischen Stimmungsmache von Rechtspopulisten.

„KZ-ähnliche Zustände“

## Trump's „Muslim Ban“ ist rassistisch

Von Niema Movassat

**Menschen aus sieben Staaten dürfen nicht mehr in die USA reisen. Der so genannte „Muslim Ban“ trifft nicht nur Muslime, sondern alle Staatsbürger der betroffenen Staaten. Deshalb ist dieser Erlass rassistisch.**

Er ist ein existentieller Angriff auf die Grundwerte der USA. Es gab zahlreiche Proteste in den USA und einen weltweiten Aufschrei. Ein US-Bundesgericht hat den Erlass vorläufig aufgehoben.

Klar ist aber jetzt schon: Wer in den USA nicht männlich und nicht weiß ist, muss sich darauf einstellen, um seine Rechte kämpfen zu müssen.

Zunächst galt das Einreiseverbot auch für Doppelstaatler, zum Beispiel Menschen wie mich, die sowohl die deutsche wie die iranische Staatsangehörigkeit besitzen. Nach Druck durch die EU wurde die Regelung wieder aufgehoben. Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft können wieder Visa beantragen. Anders behandelt werden sie dennoch: Anders als „nur“ deutsche Staatsbürger brauchen sie – wie schon unter Obama – ein Visum, für das sie persönlich in der Botschaft vorsprechen und 500 Euro bezahlen müssen.

So lange der US-Präsident den „Muslim Ban“ nicht komplett zurücknimmt, betreibt er die Spaltung der Gesellschaft und somit das Geschäft radikalislamistischer Hassprediger: Sie

haben lange gewartet auf so einen deutlichen Beweis, dass der Westen ein Zusammenleben auf Augenhöhe zwischen Muslimen und Christen gar nicht will. Vom Dekret übrigens nicht betroffen sind Saudi-Arabien und die anderen Golfmonarchien, obwohl die meisten 9.11.-Attentäter saudische Pässe hatten und es engste Verknüpfungen zu wahhabitischen Terrorgruppen gibt. Leider muss man davon ausgehen, dass auch diese Faktenlage die Trump-Anhänger unbeeindruckt lässt.

Abschließend bleibt nur die Feststellung: Der „Muslim Ban“ ist nicht nur ein fatales rassistisches Signal an die Weltgemeinschaft, sondern auch sicherheitspolitisch ein absoluter Rohrkrepierer.

### MdB Niema Movassat

Niema Movassat ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages seit 2009. Er wurde als Sohn iranischer Eltern in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein juristisches Staatsexamen ab. In diesen Tagen hat er eine Broschüre veröffentlicht, in der er auf 36 Seiten seine Arbeit in dieser Legislaturperiode schildert. Von seinem Schwerpunkt, der Entwicklungspolitik, bis hin zu Fragen von Steuerflucht, gerechtem Welthandel und Menschenrechten stellt er dar, wie er DIE LINKE im Bundestag vertritt.

Die Broschüre ist hier in seinem Bürger\*innenbüro erhältlich: Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon 0201-81337730, Telefax 0201-81337731, E-Mail: [niema.movassat.ma06@bundestag.de](mailto:niema.movassat.ma06@bundestag.de). Die Website ist unter [www.movassat.de](http://www.movassat.de) erreichbar. Das Büro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.





„Für eine Politik, in der die Menschen zählen.“ Unter diesem Motto steht das Wahlprogramm, das DIE LINKE. NRW auf ihrem Parteitag Anfang Dezember in Essen verabschiedet hat. Hier stellen wir sie vor: unsere vier Wahlkreisbewerber\*innen, die den Landtag aufmischen wollen.

**Sonja Neuhaus:**  
„Kein Kind zurücklassen“ – mit diesem Motto gewann Hannelore Krafts SPD 2012 die Wahl. Und heute? Im Ruhrgebiet lebt jedes dritte Kind in Armut, es mangelt an Kitaplätzen. Die Wahrscheinlichkeit, einen guten Abschluss zu machen, hängt maßgeblich vom Wohnort und dem sozialen Umfeld ab. Als Tochter einer alleinerziehenden Mutter musste auch ich in meiner Schulzeit feststellen, wie sehr Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Klassenfahrten, Bücher, Nachhilfe, Musikunterricht, kostenloses Mittagessen in der Schule? Fehlzanzeige. Auch nach der Schulzeit wollte ich die Zustände nicht einfach hinnehmen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für eine wirkliche und gerechte Veränderung im Bildungssystem einsetzt. In einem reichen Land wie Deutschland sollte kostenlose Bildung Grundrecht sein. Wir fordern für alle Kinder einen verbindlichen Anspruch auf einen Kitaplatz, Lehr- und Lernmittelfreiheit in der gesamten Bildungslaufbahn, kostenloses Mittagessen sowie kostenfreien Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten. Wir fordern eine Schule, in der alle Kinder gemeinsam lernen können – ohne Leistungsdruck, Turbo-Abi und Selektion schon nach der Grundschule. Deshalb: Am 14. Mai DIE LINKE wählen – denn nur mit uns bleibt wirklich kein Kind zurück!

**Sonja Neuhaus, 24, Studentin, ist Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen. Sie kandidiert im Wahlkreis Essen Süd für den Landtag NRW.**



Unsere Direktkandidaten für den Landtag: Jasper Prigge, Sonja Neuhaus, Ezgi Güyildar und Jules El-Khatib (v.l.n.r.) Foto: Christian Baumann

**Jasper Prigge**  
„Ich akzeptiere die Dinge nicht mehr, die ich nicht ändern kann. Ich ändere die Dinge, die ich nicht akzeptieren kann.“ Wer meint, dass Politik nichts verändern kann, sollte sich dieses Zitat der US-Bürgerrechtlerin und Feministin Angela Davis zu Herzen nehmen. Nicht andere dürfen über unser Leben bestimmen, sondern wir alle haben das Recht, uns einzumischen und ein gutes Leben zu fordern. Aus diesem Grunde bin ich politisch aktiv geworden.

# Vier für NRW

## DIE LINKE zur Landtagswahl am 14. Mai

**Jules El-Khatib:**  
„Ein wahrhaftiger Frieden ist nicht durch das Fehlen von Spannungen, sondern durch die Vorherrschaft der Gerechtigkeit ausgezeichnet“, sprach einst der amerikanische Antirassist und Kämpfer für Gerechtigkeit, Martin Luther King. Seine Worte sind Ansporn in Zeiten der weltweiten Unsicherheit, für Frieden und eine gerechte Welt zu kämpfen. Deutschland kann einen Anfang machen, in dem es all seine Soldaten aus dem Ausland abzieht, Waffenlieferungen beendet und damit die Welt ein klein wenig sicherer macht. Allerdings reden die meisten Parteien in Deutschland nur von Frieden, doch stimmen sie für Krieg. Nur DIE LINKE stimmt als einzige Partei gegen jede Form von Auslandseinsätzen. Ähnlich verhält es sich auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit. Wenn DIE LINKE höhere Löhne, höhere Renten oder bezahlbaren Wohnraum für alle fordert, dann stellen sich die anderen dagegen. Doch für mich und DIE LINKE ist nicht entscheidend, wie die anderen sich positionieren, sondern dass wir Verbesserungen für die Mehrheit der

Menschen erreichen. Darum ist eine starke Vertretung in den Parlamenten wichtig. Mindestens ebenso wichtig ist es, selber aktiv zu werden. Deswegen werde auch DU aktiv und streite mit uns gemeinsam für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung!

**Jules El-Khatib, 28, Student, ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW. Er kandidiert im Wahlkreis Essen Mitte-West für den Landtag NRW.**

**Ezgi Güyildar**  
Seit Jahren bin bei der Migranten Selbstorganisation DİDF (Föderation der demokratischen Arbeiterverbände) aktiv, um gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Sozialabbau und Spaltung und für gleiche Rechte zu kämpfen. Der Sozialstaat wurde in den vergangenen Jahren immer weiter abgebaut. Staatliche Einrichtungen und die Infrastruktur befinden sich oft in desolatem Zustand. Und statt guter Arbeit, von der man leben kann, gibt es immer mehr prekäre Jobs. Die Herausforderung

der Aufnahme und Integration Hunderttausender Geflüchteter hat noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie groß die Kluft zwischen mangelhaftem sozialpolitischem Angebot und dem gesellschaftlichen Bedarf tatsächlich ist. Die Bevölkerung sieht ganz genau die Diskrepanz zwischen der haltlosen Predigt des „Wir schaffen das“ der Kanzlerin und der bitteren Realität in den Kommunen, denen die Bundes- und Landesregierungen die notwendigen Mittel dafür vorenthalten. Auf diesem Nährboden werden Rechtspopulisten immer stärker. Gegen diesen bedrohlichen, menschenfeindlichen Trend brauchen wir eine soziale Offensive für alle. Ich möchte meinen Beitrag leisten für eine starke LINKE im Landtag, die konsequent gegen Sozialabbau, Rassismus und Militarisierung eintritt!

**Ezgi Güyildar, 29, Studentin, vertritt DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und ist Landesvorstandsmitglied. Sie kandidiert im Wahlkreis Essen Nord-Ost für den Landtag, außerdem auf Platz 11 der NRW-Landesliste.**

Ich wollte etwas gegen das ungerechte Hartz4-System tun, in dem Menschen immer wieder aufs Neue entwürdigt werden. Ich kann bis heute nicht verstehen, warum Druck und Sanktionen, bis hin zur kompletten Streichung der Leistungen ganzer Familien, für viele Betroffene zum Alltag gehören, während zugleich das Vermögen der Reichen immer größer wird. Warum müssen viele von uns arbeiten, bis sie umfallen, und am Ende des Geldes ist noch immer ziemlich viel Monat übrig? Verlassen wir uns nicht darauf, dass andere sich für uns einsetzen, sondern ändern wir die Dinge, die wir nicht akzeptieren können. Dafür braucht es nicht viel: Ein erster Schritt kann sein, am 14. Mai DIE LINKE zu wählen. Ein zweiter Schritt wäre, mit uns gemeinsam die Dinge zu verändern!

**Jasper Prigge, 28, Rechtsanwalt, ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW. Er kandidiert im gemeinsamen Wahlkreis Essen-Borbeck/Mülheim-Winkhausen für den Landtag NRW, außerdem auf Platz 8 der Landesliste.**

Proteste zeigen schnelle Wirkung

# Radfahrerverbände gegen Verzögerungen beim Bau des RS 1

Von Wolfgang Freye

So schnell hat Protest selten Erfolg. Viele Gespräche, Telefonate und eine Protestaktion von gut 150 Radfahrern am 28. Januar in der Innenstadt hatten die Radfahrverbände organisiert, nachdem bekannt wurde, dass es zu erheblichen Verzögerungen beim Bau des Radschnellwegs Ruhr (RS 1) kommen könnte. Nach wenigen Tagen war klar: Es wird in diesem Jahr zügig weitergehen.

Der RS 1 ist eins der Vorzeigeprojekte des Regionalverbandes Ruhr (RVR) und soll die Städte Hamm in Westfalen mit Duisburg am Rhein durch einen 100 Kilometer langen Radschnellweg quer durch das



Foto: W. Freye

Ruhrgebiet verbinden. Eine 4 Meter breite, kreuzungsfreie Spur, ein Fußweg von 2 Metern und eine steigungsarme Streckenführung sind die Anforderungen, die der Radschnellweg erfüllen soll. Der RS 1 ist auch eins der wichtigsten nachhaltigen Projekte von Essen als „Grüner Hauptstadt Europas 2017“. Womöglich mehrjährige Bauverzögerungen wären poli-

tisch katastrophal. Auch deshalb stieß der Protest schnell auf offene Ohren. Die möglichen Verzögerungen hatten mehrere Ursachen. Wegen verschärfter Umwelt- und Störfallregelungen, die im Dezember 2016 in Kraft traten, hieß es zunächst vom Land NRW, dass im Bereich des Chemie-Großbetriebes von Evonik (früher Goldschmidt) ein

Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müsse. Außerdem beauftragte der Planungsausschuss des Rates Ende November die Verwaltung mit einer Prüfung, ob und wie eine Öffnung des Eltingviertels zur Innenstadt möglich wird. Das heißt vor allem: Der riesige, am Sockel bis zu 100 Meter breite Bahndamm, auf dem bis zu acht Gleise lagen, soll zumindest teilweise weg. Auf diesem Bahndamm soll jedoch auch der Radweg weitergeführt werden.

Das Land NRW stellte inzwischen fest, dass kein gesondertes Planfeststellungsverfahren für den Bereich Evonik notwendig ist. Planung und Bau des RS 1 von der östlichen Innenstadt bis zur Stadtgrenze Gelsen-



Wolfgang Freye vertritt DIE LINKE im Planungsausschuss der Stadt Essen

kirchen und Bochum werden zügig weitergeführt. Noch nicht geklärt ist die Frage, wie die Öffnung des Eltingviertels zur Stadt und der RS 1 verbunden werden können. In der letzten Sitzung des Planungsausschusses stellte die Verwaltung nun erste Skizzen mit sechs Lösungsmöglichkeiten vor, die bis April ausgearbeitet werden sollen. Es zeichnet sich ab, dass es möglich ist, den Damm größtenteils zu beseitigen und den Radweg trotzdem in Hochlage und kreuzungsfrei weiterzuführen. Zwei der sechs Varianten sehen dazu ein Stück Hochbahn vor. Protest wirkt – manchmal können sich Verwaltung und Ministerien dann sehr schnell bewegen!

## Ausgehtipps

**DI/MI, 9 bis 15.30 Uhr, und DO, 9 bis 18 Uhr, bis 5. Mai**  
Haus der Essener Geschichte: Fotoausstellung zum jüdischen Friedhof im Segeroth

**Samstag 25. Februar, ab 10 Uhr**  
Essen stellt sich Quer: Proteste gegen den AfD-Landesparteitag, Messe Essen

**Dienstag, 28. Februar, 18.30 Uhr**  
Linksjugend: Rechtsruck in Europa, HR-Haus, Severinstraße 1

**Mittwoch, 1. März, 7.30 Uhr**  
Flyeraktion JobCenter, Treffpunkt HR-Haus, Severinstraße 1

**Mittwoch, 1. März, ab 18.00 Uhr**  
LINKER Politischer Aschermittwoch, Bahnhof Süd

**Donnerstag, 2. März, abends**  
Kinostart: Der junge Karl Marx, Eulenspiegel, Steeler Straße 208, Huttrop

**Freitag, 3. März, 19 Uhr**  
LINKE Wahlkreisversammlung Mülheim/Essen-Borbeck, Aufstellung der Kandidierenden für den Bundestagswahlkreis, Altes Schilderhaus, Südstraße 2, Mülheim

**FR/SA, 10./11. März, FR ab 18 Uhr**  
DIE LINKE. NRW: Konferenz „Aufstehen gegen Rassismus“, Ruhr-Uni, Universitätsstr. 150, 44801 Bochum

**Mittwoch, 15. März, 7.30 Uhr**  
Flyeraktion JobCenter, Treffpunkt HR-Haus, Severinstraße 1

**Mittwoch, 15. März, 19 Uhr**  
Essener Friedensforum: Gefährdet Erdoğan Politik den Weltfrieden? Mit Dr. Jochen Hippler, VHS am Burgplatz

**Samstag, 25. März, 10 Uhr**  
Canvassing, Aufsuchender Wahlkampf, Treffpunkt: Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

**Mittwoch, 29. März, 19 Uhr**  
Essener Friedensforum: Film „Liebe Grüße aus Nahost“, anschl. Diskussion mit den Regisseur\*innen, VHS am Burgplatz

**Sonntag, 14. Mai, 9 bis 18 Uhr**  
Landtagswahl, WÄHLEN GEHEN! Anschließend LINKE Wahlparty im Panoptikum, Gerlingplatz 4, Innenstadt

## Regelmäßige Treffen

**jeden Donnerstag, 19 Uhr**  
DIE LINKE. Essen: Aktiventreffen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

**jeden Montag, 17.30 Uhr**  
DIE LINKE. im Rat: Fraktionssitzung, HR-Haus, Severinstraße 1

**jeden Dienstag, 18.30 Uhr**  
linksjugend [solid] ruhr: Basisgruppentreffen, HR-Haus, Severinstraße 1

**1. und 3. MO im Monat, 19 Uhr**  
Essen stellt sich quer, Treffen beim Antirassismus-Telefon, Steubenstraße 49

**1. und 3. DI im Monat, 10 Uhr**  
Erwerbslosenfrühstück, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

**2. und 4. DI im Monat, 8.30 Uhr**  
DIE LINKE. Essen: Arbeitskreis Öffentlicher Nahverkehr, HR-Haus, Severinstraße 1

**3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr**  
Rosa-Luxemburg-Club Essen: Monatstreffen bei ProAsyl, Steubenstraße 49



Die Kehrseite



Mehr Geld ...

bekommt Ex-Kämmerer Lars Martin Klieve, wenn er bei den Stadtwerken anheuert. Aber nicht alles auf einmal ausgeben!

Mehr Arbeit ...

bekommt dagegen Personal- und Ordnungsdezernent Christian Kromberg, der nun auch noch Kämmerer wird. Kommt jetzt die Kromberg-Kurve?



Nachgetreten:

FDP-Ratsherr trotz tausend Gefahren

von Wilfried Bienek

Da flog er extra nach Washington, um dem Amtseid seines Herzensfreundes Donald Trump beizuwohnen. Endlich wollte er ihn persönlich kennenlernen, den Mann, der mit Tweets die Welt verändert. Ja, FDP-Ratsherr und treuer Follower Andreas Hellmann traut sich was. Aber wer hätte je anderes von ihm erwartet?

Schon die Passkontrolle am Flughafen sorgte für Dramatik: Wer ist das? Hellman from FDP, liberale Partei from Essen/Germany? Ein Satanist? FDP? Eine Terroristen-Vereinigung? Der Chief Officer verfiel in Schnappatmung. Und „liberal“? Etwa ein Kommunist? Die größte Gefahr seit Mohammed Atta? Heimatschutz anrufen, FBI einbinden, Waterboarding-Kommando anrollen lassen! Unsant schubste man ihn in einen Verhörraum. „Liberal, pah? Kommunist, wie?“ fragte CIA-Agent John Smith in barschem Ton. Hellmann stammelte, er sei doch ein glühender Verehrer des gottgleichen neuen Präsidenten. „Und liberal?“ sagte ein zweiter Agent, John Wesson, und schob nach: „Damned commi-pack!“ Liberal, entgegnete Hellmann, das sei ja in Good Old Germany was ganz anderes. Nach dem Krieg sei ein Haufen alter Nazis zur FDP gekommen, und man war gegen alles Fremde. Auch gegen Mexikaner, ganz sicher. Ein dritter Agent namens O. Range begann, aufmerksam zuzu-



hören. Und überhaupt, erklärte Hellmann, der Opa des Präsidenten käme aus Kallstadt in der Pfalz, ein alter Kamerad sozusagen, das müsse man doch würdigen. Todesmutig riss sich Hellmann seine Jacke vom Leib, die drei Agenten zogen sofort die Waffe, senkten den Lauf aber gleich wieder. Denn drunter trug der Ratsherr ein Fan-Shirt mit dem Aufdruck „Make America great again!“

„Camouflage!“ rief Agent Orange. „Alles Tarnung!“ Das Spiel wäre sicher noch lange weiter gegangen, wenn nicht der zufällig auch irrtümlich festgenommene deutsche Botschafter alles, auch Hellmanns Identität, hätte aufklären können. Endlich war der Weg ins Weiße Haus frei. Ein Fan aus einer deutschen Stadt mit einer berühmten Football-Mannschaft, die nach einem Energie-

konzern benannt war, das kam natürlich Präsident Trump gerne zu Ohren. So nahte das Happy End. Sie kamen zusammen, der große Präsident der USA und der kleinen Ratsherr. Endlich konnte der zukünftige Führer der großartigsten Essener Partei der Welt dem Führer des großen amerikanischen Brudervolkes seine Glückwünsche überbringen. Trump-Botschafter wolle er werden, für Mr. President in Germany eintreten. Das eigene Land wieder groß machen, so einen wie Donald brauche auch Germany, erklärte Hellmann. Darauf musste Trumps neue Praktikantin erst eine, dann noch eine, und als beide schon doppelt sahen, für jeden noch eine Flasche „Kallstädter Saumagen“ heranschaffen. Es ist nicht verbürgt, worüber die beiden sich unterhielten. Nur die Sicherheitsbeamten auf dem Flur erlauschten kleine Gesprächsfetzen: „Liberal heißt neoliberal, alles für die Reichen“ und „Für die Leistungsträger, nix mit kommunist“, „Nieder mit den Terroristen“, „Weg mit den schwulen Luschen“, „Alle Ölaugen ausweisen“ und - natürlich die Verbrüderung: „I say now you to you“. Die Verabschiedung am nächsten Tag geriet ausgesprochen herzlich. „A great man, this Hellman! Just like me! Great!“ schwärmte Trump vor der Presse. Dabei trug er ein eigens von Ivanka handgenähtes Shirt, vorn mit dem Slogan „I love Hellboy Hellman“, und auf der Rückseite stand: „Make the FDP great again!“ Mehr Ehre kann einem Essener Ratsherrn wirklich nicht zuteil werden!

Frank & Frei

Hauptstadt-Ansichten

Wissen Sie, wie Essen wirklich aussieht? Auf [www.instagram.com](http://www.instagram.com/gruene.hauptsadt.essen) unter „gruene.hauptsadt.essen“ können Sie es sehen. Die schönsten Müll-



container, die ödesten Parkplätze, die wildesten Müllkippen und die hässlichsten Stromkästen am Straßenrand – Daniel Sobolewski hat sie alle versammelt. Peinlich, peinlich: Mit knapp 800 gegenüber 470 Followern stellt er die offizielle Instagram-Seite der „Grünen Hauptstadt“ weit in den Schatten.

Teuerste Lösung

Die Stadt hat mit den Massenvierteln für Geflüchtete die teuerste Lösung gewählt. Rund 3.600 Euro kostet ein Platz pro Monat. Dazu zahlt sie für den bereits leer geräumten Optipark 28 Millionen bis ins Jahr 2026. Auch für den dubiosen Grundstücksdeal mit Ratsherrn Gabriel zahlt die Stadt noch für Jahre. Wie viele Wohnungen hätte man davon mieten, ja sogar: bauen können? Unlängst wurde die Stadt übrigens verurteilt, die Unterbringungskosten zu verraten. Geklagt hatte ausgerechnet „Bild“, der man die Auskunft verweigert hatte. Wie bild, äh, blöd ist das denn?

Piraten funken SOS

Die Auflösung der Fraktion „Partei-Piraten“ brachte nicht nur im Rat einiges durcheinander. Da nur Fraktionen Aufsichtsräte stellen, verloren gleich fünf ihre Posten: Ingo Pohlmann (Grundstücksverwaltung GVE), Jürgen Lukat (Jugendhilfe), Kai Hemsteeg (Messe Essen), Wilfried Adamy (Wirtschaftsförderungsgesellschaft EWG) und Till Wickers (Verwertungs- und Betriebs-GmbH EVB) wurden abberufen. Wir trauern mit!

Klare Ziele

Die Ratsgruppe „Schöner Links“ brachte es im Rat beim Thema Nahverkehr fertig, nacheinander für alle Anträge zu stimmen. Erst für DIE LINKE, dann für die Grünen, zum Schluss auch noch für die CDU. Wie schön es doch ist, wenn man weiß, was man will!

Im Höhenflug

Zufrieden mit der kleinteiligen Arbeit vor Ort in der Provinzstadt Essen sind sie aber auch nicht. Da musste eine Parteigründung her. Aus „Schöner links“ wird „Schöner leben“. Über „Freundeskreise“ soll sie aufgebaut werden. Wichtigster Programmpunkt: eine „neue politische Kultur gestalten“. Wie das geht, verrät ihre Homepage: „Mehr Bionade für alle!“ Na dann, Prost!

Rätsel-Ecke

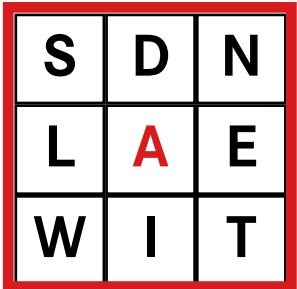
Finde das neunbuchstabige Wort

Aus den neun Buchstaben lassen sich viele Wörter bilden. Gesucht werden Wörter ab 4 Buchstaben. Möglich sind Wörter der deutschen Sprache in ihrer Grundform, Vornamen jeder Herkunft, Nachnamen von Personen des öffentlichen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart sowie im Alltag gebräuchliche Abkürzungen. Der Buchstabe in der Mitte muss immer dabei sein.

Unter allen, die das neunbuchstabige Wort herausfinden, verlosen wir das neue Buch von Christoph Butterwegge: „Armut“ über die Schere zwischen arm und reich und die Bilanz der Großen Koalition, erschienen im Oktober 2016 im Papyrossa-Verlag.

Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, [essener-morgen@dielinke-essen.de](mailto:essener-morgen@dielinke-essen.de). Einsendeschluss ist der 24. März 2017. Einsendungen von Angehörigen der Redaktion und mündliche Überlieferungen können nicht entgegen genommen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß beim Raten!

Herzlichen Glückwunsch an Thomas F. aus Holsterhausen. Er gewann beim letzten Rätsel die Thriller-DVD „Das Geheimprotokoll“.



Lösung:

Word search solution input field

Der Welt Herr

Ludwig Achim von Arnim (1781 – 1831)

Morgenstund hat Gold im Munde,  
Denn da kommt die Börsenzeit  
Und mit ihr die süße Kunde,  
Die des Kaufmanns Herz erfreut:  
Was er abends spekulieret  
Hat den Kurs heut reguliert.

Eilend ziehen die Kuriere  
Mit dem kleinen Kursbericht,  
Daß er diese Welt regiere  
Von der andern weiß ichs nicht:  
Zitternd sehn ihn Potentaten  
Und es bricht das Herz der Staaten.